

Bericht: Podiumsdiskussion „Frankreich vor den Präsidentschaftswahlen“

Wenige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen in Frankreich analysierten Expertinnen und Experten am 15. März 2017 mit den anwesenden 80 Gästen mögliche Zukunftsszenarien für Frankreich, die deutsch-französischen Beziehungen und Europa. Es diskutierten Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar, Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Kassel, Prof. Dr. Frank Baasner, Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg und Thomas Wieder, Korrespondent von der französischen Tageszeitung Le Monde. Zu der Veranstaltung hatte die Deutsche Gesellschaft e.V. zusammen mit der Deutsch-Französischen Gesellschaft Berlin e.V. eingeladen.

Eröffnet wurde die Diskussion von der Präsidentin der Deutsch-Französischen Gesellschaft Berlin e.V. Marita Hebisch-Niemsch. Der Moderator, Jan Roessel, von der Deutschen Gesellschaft e.V. betonte die Bedeutung der diesjährigen Wahlen in Frankreich, die nicht nur für das eigene Land richtungsweisend sein werden, sondern auch für Europa. Nach einer kurzen Vorstellung der Referenten wurde die Podiumsdiskussion mit der ersten Frage zur Bilanz des noch amtierenden Präsidenten François Hollande aus Sicht der französischen Bevölkerung eröffnet.

Die nach seinen Worten sehr schlechte Bilanz Hollandes begründete Thomas Wieder in dreifacher Hinsicht. Zunächst habe das Wahlmotto „Le changement, c'est maintenant“ von Hollande falsche Hoffnungen geweckt. Die versprochenen Reformen seien nicht umgesetzt worden und darüber hinaus seien Wahlversprechen, wie die Senkung der Arbeitslosenzahl, nicht eingehalten worden. Als dritten Grund nannte Wieder die Stille um Präsidenten Hollande, der nach Sarkozy ein „président non-malheure“ sein wollte. Sein zögerliches Vorgehen und die fehlende Führungsstärke seien bei den Franzosen nicht gut angekommen.

Es gebe zudem einen großen Unterschied im Wahlkampf 2017 verglichen mit früheren Jahren, sagte Professor Baasner. Die klassischen Lager und die traditionelle Aufteilung in rechts und links hätten sich aufgelöst. Dies bestätigte auch Professor Ruß-Sattar. Der Staat würde seine Rolle in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik neu finden müssen. Er müsse Antworten geben auf die Entwicklung in der Migration und Globalisierung sowie den Ängsten der Bevölkerung vor Überfremdung im eigenen Land entgegentreten. Rechtspopulisten wie Marine Le Pen würden hier ein starkes und klares, wenn auch sehr einseitiges Gesellschaftsbild bieten. Durch die Aufnahme traditioneller linker Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik habe sie es überdies geschafft die linke Arbeiterschaft für sich zu gewinnen.

Dadurch, dass der Front National unter der Führung Marine Le Pens seine extremistische Ausrichtung durch einen gemäßigeren Ton abgemildert habe und die klassische Konservative unter Fillon weiter nach rechts rücke, wüchse für viele Wähler die Attraktivität des Front National, erläuterte Thomas Wieder.

Professor Baasner wandte ein, dass die Abwendung der Wählerschaft von den klassischen Parteien auch eine große Chance für den Überraschungskandidaten Emmanuel Macron und seine unabhängige Bewegung „En Marche“ sein könne. Allerdings seien, im Gegensatz zur Wählerschaft Fillons und Le Pens, die Hälfte der Anhänger Macrons noch unsicher, wen sie am Wahltag wirklich wählen würden. Zwar ist es nach Umfragen zur zweiten Wahlrunde sehr unwahrscheinlich, dass Marine Le Pen tatsächlich Präsidentin wird. Doch dürfe auch nicht leichtfertig von einem Wahlsieg Macrons, dem Wunschkandidaten aus europäischer Sicht, ausgegangen werden, warnte Le Monde-Korrespondent Wieder.

Trotz aller Unsicherheiten, was den Ausgang der französischen Wahlen betrifft, stellte Professor Baasner abschließend noch einmal klar, dass die große Mehrheit der Franzosen sowohl die Europäische Union, als auch den Euro unterstützten und die deutsch-französischen Beziehungen so wichtig seien, wie nie zuvor.